

Vortrag am 16. Juni 2005 um 18 Uhr in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin

Prof. Dr. Seppo Hentilä (Universität Helsinki)

Der Einfluss der DDR auf Finnland

Bis zur Wende war das DDR-Bild der Finnen durchaus positiv, auf jedem Fall war es viel positiver als in den anderen nordischen Ländern. Die finnischen Medien haben es damals bewusst vermieden, über die negativen Seiten der DDR-Gesellschaft zu berichten. "Die Deutschen sind ja so tüchtig, dass sie sogar das kommunistische System in Betrieb bringen können", dachten sich viele in Finnland damals. Die hohe Industrialisierung, der relativ gute Lebensstandard, das sehr gute Schulsystem und andere Errungenschaften des Landes waren ebenfalls in Finnland bekannt. Die Finnen haben vor allem die glänzenden Leistungen der DDR auf dem Gebiet des Sports und der Kultur bewundert.

Nach der Wende hat sich die Farbe des Geschichtsbildes der DDR auch in Finnland völlig geändert: weiß ist schwarz geworden. "Es stinkt nach der DDR", ist eine übliche Erklärung wenn z. B. ein finnischer Spitzensportler im Dopingtest erwischt wird. So war es natürlich auch im Februar 2001 als sechs finnische Skiläufer - es war fast die gesamte Nationalmannschaft - bei der Langlauf-Weltmeisterschaft in Lahti wegen Blutmanipulation disqualifiziert wurden. Die Finnen hätten diese Methoden von der ehemaligen DDR gelernt, war der Tenor, als ob das Doping in den westlichen Ländern völlig unbekannt gewesen wäre.

Die DDR war für Finnland nach der Sowjetunion das zweitwichtigste sozialistische Land. Aus dieser Sicht sind die Beziehungen zur ehemaligen DDR jetzt unsere zweitgrößte Vergangenheitsstunde. Die Medien haben über die Stasi und die Todesschüsse an der Mauer so berichtet, als ob niemand in Finnland etwas davon je gehört hätte. Die DDR-Vergangenheit wurde pauschal verurteilt. Plötzlich wurde die gemeinsame Geschichte Finnlands und der DDR eine politische Belastung für diejenigen, die irgendwelche Kontakte zum Osten Deutschlands gehabt hatten. Von einer echten "Vergangenheitsbewältigung" kann man nicht reden.

Für die Linken in Finnland, und ganz besonders für die jungen Kommunisten, war die DDR damals ein Idealstaat ohne Gleichen. Manche von ihnen haben daran geglaubt, dass gerade im Osten Deutschlands eine solche sozialistische Gesellschaft aufgebaut wird, die in näherer Zukunft eine konkurrenzfähige Alternative für den Kapitalismus werden sollte. Die DDR würde sogar den skandinavischen Wohlfahrtsstaat im Wettkampf um die weltbeste Gesellschaft schlagen.

Der Markt für eine massive DDR-Propaganda war in Finnland seit Ende der 60er Jahre günstig, denn gerade damals war eine starke linke "Erweckungsbewegung" in der finnischen Studentenschaft im Entstehen. Auf Grund der besonderen Lage Finnlands zwischen Ost und West, sowie wegen der ostpolitischen Unumgänglichkeiten, haben auch viele bürgerliche Menschen in Finnland gedacht, die DDR sei das einzige sozialistische Land, in dem alles "ungefähr in Ordnung" sei. Das kommunistische System der DDR sei nicht Schuld der Deutschen, sondern die Russen hatten sie dazu gezwungen.

Das neutrale Finnland und seine Bürger hatten wohl mehr und engere Beziehungen zur DDR als irgendein anderes westliches Land - außer der Bundesrepublik bzw. seiner Bürger. Diese

Tatsache spricht natürlich auch dafür, dass die DDR bis zu den 70er Jahren von der westlichen Welt fast völlig isoliert war.

Die Beziehungen zwischen Finnland und der DDR beschränkten sich nicht nur auf die offizielle und zwischenstaatliche Ebene, sondern nahezu alle finnischen Parteien, -zig andere Organisationen und Verbände, Partnerstädte, Universitäten und Hochschulen, Vertreter der Kultur und Wissenschaft, Journalisten, usw., hatten über Jahrzehnte hinweg enge Kontakte über die Ostsee. Über diese Beziehungen gibt es reichlich Dokumente in den Archiven der beiden Länder.

Die DDR als Herausforderung für die finnische Neutralitätspolitik

Finnland konnte als einziges europäisches Land bis 1972 keinen der beiden deutschen Staaten anerkennen. Es bestand nämlich ein unversöhnlicher Widerspruch zwischen dem finnisch-sowjetischen Beistandspakt aus dem Jahre 1948 und der Hallstein-Doktrin, die im Herbst 1955 offiziell von der Bundesregierung verkündet wurde. Die Anerkennung der beiden deutschen Staaten bzw. der DDR allein wäre im Rahmen des Beistandspaktes für Finnland möglich gewesen, nicht aber die Anerkennung der Bundesrepublik allein. Die Hallstein-Doktrin hätte dagegen nur die Anerkennung der Bundesrepublik zugelassen. Finnland war daher auch das einzige nichtkommunistische Land, das gleichwertige Beziehungen zu beiden deutschen Staaten unterhielt. Andere neutrale Länder Europas, Schweden, die Schweiz und Österreich, hatten nur zur Bundesrepublik diplomatische Beziehungen aufgenommen.

Aus der Sicht der DDR war gerade Helsinki der Ort, an dem sie mit dem anderen Deutschland im "kapitalistischen Ausland" im Prinzip gleichwertig konkurrieren konnte. Die deutsch-deutsche Rivalität um die politische Gunst Finnlands war durch gegenseitige Verdächtigungen und Neid geprägt und führte oft zu peinlichen Situationen.

Auf Grund seiner besonderen Lage zwischen Ost und West war Finnland, Freund und Nachbar der Sowjetunion, eigentlich schon seit der Gründung der DDR ein Sonderfall im "nichtsozialistischen Wirtschaftsraum". Von Finnland aus sollte sich die Anerkennungsbewegung dann auf die skandinavischen Ländern, die anderen neutralen Staaten Europas und sogar andere kapitalistische Länder ausdehnen.

Die außenpolitischen Erwartungen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Finnland waren völlig gegensätzlich. Während die DDR auf das "fortschrittlichste Land der kapitalistischen Welt" große Hoffnung setzte, musste die Bundesrepublik fürchten, dass gerade Finnland das erste nichtkommunistische Land sein könnte, das die DDR anerkennen würde.

Die völkerrechtliche Stellung der DDR war Ende der 60er Jahre außerhalb des sozialistischen Lagers alles andere als anerkannt. Die Bundesrepublik Deutschland hatte ihren Alleinvertretungsanspruch auf Grund der Hallstein-Doktrin so erfolgreich verteidigen können, dass die DDR noch Anfang 1969 nur zu elf Ostblockstaaten diplomatische Beziehungen unterhielt. Es gelang der DDR erst im Jahre 1969 zu sechs weiteren, von der Sowjetunion politisch und wirtschaftlich abhängigen Staaten der dritten Welt volle diplomatische Beziehungen aufzunehmen.

Eine gewisse Aufweichung des Bonner Alleinvertretungsanspruches bedeuteten die

Anerkennung Rumäniens im Jahre 1967 und die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien ein Jahr später. Finnland hat diese Aufweichung der Doktrin jedoch keineswegs gegolten: bis zum Spätherbst 1972, solange die Verhandlungen über den deutsch-deutschen Grundlagenvertrag offen waren, hat die Bundesregierung darauf hingewirkt, dass die finnische Regierung unter keinen Umständen und unbedingt nicht vor dem Abschluss der deutsch-deutschen Verhandlungen die DDR anerkennt.

Die DDR öffnete im Oktober 1960 in Helsinki ein Kulturzentrum, das relativ schnell einen Freundeskreis erlangen konnte, der allerdings fast ausschließlich aus Kommunisten und Volksdemokraten bestand. Sie waren gleichzeitig Mitglieder der bereits im Jahre 1956 gegründeten Freundschaftsgesellschaft "Suomi-DDR-Seura" (Gesellschaft Finnland-DDR), die in Verbindung zur "Deutsch-Nordischen Gesellschaft" (DENOG) stand. Die DENOG war wiederum eine Sektion der "Liga für Völkerfreundschaft", die unmittelbar der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED zugeordnet war.

Die Arbeit der Handelsvertretung der DDR in Helsinki, die schon von Anfang an mit erheblichen Schwierigkeiten belastet war, wurde am 13. August 1961 durch die Sicherung der Staatsgrenze der DDR – durch die Errichtung der Mauer in Berlin – noch zusätzlich erschwert. In der Handelsvertretung wurden unmittelbar danach außerordentlich strenge Sicherheitsmassnahmen ergriffen. Die Erhöhung der politischen Bereitschaft und Wachsamkeit wurde offiziell mit dem "Kampf gegen alle Formen der Tätigkeit von Agenten und Saboteuren sowie gegen das Eindringen feindlicher Ideologien in die Vertretung der DDR" begründet. In Wirklichkeit aber sollten die Maßnahmen die mögliche "Republikflucht" des einen oder anderen Mitarbeiters verhindern. Das Personal wurde von der Außenwelt fast völlig isoliert.

Als sich in der zweiten Hälfte der 60er Jahre die tatsächliche Existenz von zwei deutschen Staaten immer eindeutiger als die wahrscheinlichste Lösung der deutschen Frage erwies, intensivierte die DDR ihre Anerkennungskampagne in Finnland erheblich. Durch aktive und zielstrebige Kontaktarbeit gelang es der DDR-Vertretung in Helsinki neue und einflussreiche Diskussionspartner vor allem aus der Sozialdemokratischen Partei und der Zentrumsparterie zu gewinnen. Im Sommer 1968 wurde der stattliche Neubau der Handelsvertretung der DDR in Helsinki-Kulosaari eröffnet. In der finnischen Presse kursierte damals ein Gerücht über die neue luxuriöse Sauna der DDR-Handelsvertretung, zu der es in ganz Helsinki nichts Vergleichbares geben sollte. In den nächsten Jahren zeigte sich jedoch, dass die teure Sauna eine rentable Investition war. Fast jeden Abend wurde sie für finnische Gäste geheizt, und die Mitarbeiter der Handelsvertretung konnten ihre - diesmal buchstäblich - schweißtreibende Arbeit zum Wohle der DDR leisten.

In den sechziger Jahren stieg der Anteil der Bundesrepublik am gesamten Umsatz des finnischen Außenhandels annähernd auf 20 Prozent, während der Anteil der DDR durchschnittlich nur 1,3 Prozent betrug. Die Tatsache, dass die Bundesrepublik sich als Finnlands wichtigster Handelspartner behaupten konnte, und die DDR nur eine unbedeutende Rolle spielte, war in der Auslandsarbeit der DDR in Finnland ein Schandfleck, den sie immer wieder vergeblich zu beseitigen versuchte.

Die breiteste Anerkennungsbewegung der DDR in der Welt

Das Hauptziel der Auslandsarbeit der DDR in Finnland war, wie in den Plänen der ZK-

Abteilung Internationale Verbindungen immer wieder betont wurde, die Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen. Das DDR-Außenministerium wurde verpflichtet, führenden Politikern Finnlands, insbesondere dem Staats-, Minister- und Reichstagspräsidenten, dem Außenminister und den Vorsitzenden der Regierungsparteien, in entsprechenden Abständen durch Memoranden, Noten und Briefe die Politik der DDR zu erläutern. Persönliche Kontakte auf höchster Ebene sollten systematisch und zielstrebig entwickelt werden.

Selbst der Staats- und Parteichef der DDR Walter Ulbricht nahm im Laufe der sechziger Jahre jeden möglichen Feier- bzw. Gedenktag Finnlands, der DDR oder des finnischen Präsidenten Kekkonen zum Anlass, ihm gegenüber die Notwendigkeit der Anerkennung der DDR zu unterstreichen. Kekkonen antwortete jedes Mal mit einem höflichen Schreiben, schob seine Antwort aber einige Wochen hinaus, um damit zu zeigen, dass die Frage in Finnland nicht aktuell war. Damit scheiterte auch der für den Winter 1967 geplante Finnland-Skiurlaub des berühmten "Sport- und Saunafreundes" Ulbricht.

Als sich die internationale Anerkennungsbewegung der DDR in den späten sechziger Jahren konstituierte, war Helsinki - wie erwartet - der Ort, wo sich die Freunde der DDR gut sammeln konnten. Im Juni 1968 wurde im Gebäude des Arbeitervereins in Helsinki ein internationales Seminar veranstaltet, in dem Gäste aus 14 Ländern Diskussionen über die Bedeutung der Anerkennung der DDR für die Sicherheit Europas führten. Im Februar 1969 gründeten in Helsinki Vertreter von 13 europäischen Ländern, unter dem Vorsitz des schwedischen sozialdemokratischen Parlamentsabgeordneten Stellan Arvidsson das "Ständige internationale Komitee für die diplomatische Anerkennung der DDR" oder das sogenannte "Helsinki-Komitee".

Das finnische Komitee zur Anerkennung der DDR unter der Losung "DDR tunnustettava - heti" ["Die Anerkennung der DDR - sofort!"] wurde dann im Januar 1970 auf Initiative der "Suomi-DDR-Seura" in Helsinki ins Leben gerufen. Insgesamt 35 finnische Organisationen, u. a. Parteien, Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Studentenschaften, Sportverbände, die ca. 1,5 Millionen Mitglieder zählten, schlossen sich kollektiv dem Anerkennungskomitee der DDR an. Über diese "Massenbewegung" wurde auch in der DDR mit Stolz berichtet. Die Zahlen waren jedoch vielfach übertrieben. Eine junge Kommunistin konnte z. B. durch ihre Partei-(KPFi und SKDL), Frauen-, Jugend-, Studenten-, Studentenschaft- und Sportabteilungen sogar sieben- oder achtfaches Mitglied der Anerkennungsbewegung werden. Die finnische Anerkennungsbewegung der DDR wurde jedoch auf einer außerordentlich breiten politischen Basis organisiert. In den anderen Ländern unterstützten nur kommunistische und linkssozialistische Politiker die Anerkennung der DDR.

Die führenden finnischen Politiker waren, wie gesagt, bis auf Präsident Kekkonen im Laufe der sechziger Jahre zu Diskussionen mit den Vertretern der DDR bereit. Welchen Einfluss hatte dann aber letztendlich die Auslandsarbeit der DDR auf die Deutschlandpolitik der finnischen Regierung? Im Vergleich zum enormen Aufwand von Geldmitteln und anderen Ressourcen war das Ergebnis geradezu mager. Die übereifrige Anerkennungsbewegung der DDR war, wie Außenminister Ahti Karjalainen in einem privaten Gespräch feststellte, ein Ruhestörer, der sogar die Glaubwürdigkeit der finnischen Neutralität gefährden könnte.

Finnland's Deutschland-Paket 1971/72

Letzten Endes ermöglichten erst die Veränderungen in den Beziehungen der Bundesrepublik

Deutschland zur Sowjetunion und anderen sozialistischen Staaten im Rahmen der neuen Ostpolitik – Bonns sogenannte Ostverträge mit Moskau im August 1970 und mit Warschau im Dezember 1970 sowie das Viermächteabkommen über den Status von Westberlin Anfang September 1971 – dass die finnische Regierung ihrerseits aktiv werden konnte. Die finnische Regierung veränderte ihre Politik der Nichtanerkennung der beiden deutschen Staaten im Prinzip erst durch die Veröffentlichung des sogenannten Deutschlandpakets am 10. September 1971.

In gleich lautenden Noten an die beiden deutschen Regierungen schlug Finnland vor, über folgende Fragen zu verhandeln: 1. Aufnahme diplomatischer Beziehungen Finnlands zu beiden deutschen Staaten, 2. Austausch von Gewaltverzichtserklärungen, 3. Regelung noch offener juristischer und wirtschaftlicher Fragen, die sich aus den durch deutsche Truppen verursachten Zerstörungen in Finnland in den Jahren 1944/45 und dem Kriegszustand zwischen den beiden Staaten ergeben, 4. Ausdrückliche Anerkennung der finnischen Neutralität durch die beiden deutschen Staaten.

Besondere Beachtung verdient der letzte Punkt. Während der ganzen Breschnew Ära hatte die UdSSR sich geweigert, in den gemeinsamen Kommuniqués die finnische Neutralität ausdrücklich anzuerkennen. Das ist der Kern des Pudels: mit seinem Deutschland-Paket versuchte jetzt die finnische Regierung diese Anerkennung von den beiden deutschen Staaten, also vom Westen und Osten gleichzeitig, zu erreichen.

Die DDR antwortete erwartungsgemäß schnell und positiv auf die finnische Initiative. Die Bundesrepublik reagierte dagegen auf den finnischen Vorschlag von Anfang an äußerst distanziert. Sie verzichtete monatelang auf eine offizielle und endgültige Antwort gab aber bereits am 11.9.1971 bekannt, daß die finnische Initiative offensichtlich auf einer zu optimistischen Analyse der internationalen Politik beruhen würde. In ihrer vorläufigen inoffiziellen Antwort zwei Wochen später bezeichnete die Bundesregierung den finnischen Vorschlag als übereilt und verfrüht, weil die Verhandlungen über den deutsch-deutschen Grundlagenvertrag kaum das Anfangsstadium erreicht hatten.

Aber auch die DDR konnte nicht überglücklich sein: von den vier Punkten des finnischen Vorschlags waren nämlich drei, abgesehen von der diplomatischen Anerkennung, für sie alles andere als angenehm. Die finnische Forderung nach Reparationen war für die DDR prinzipiell äußerst problematisch, weil sie eigentlich ein zweites, viel größeres Problem auf den Tisch zu legen drohte, nämlich die Frage, ob die DDR als Nachfolgerstaat des Dritten Reiches zu betrachten war. Das hatte die DDR natürlich immer bestritten. Allein in Gespräche über Reparationen mit Finnland einzuwilligen, hätte als Präzedenzfall die DDR in ein unendliches Kreuzfeuer von ähnlichen Anforderungen anderer Staaten ziehen können.

Warum verlangte Finnland von den beiden deutschen Staaten für seine Neutralitätspolitik eine Bestätigung des völkerrechtlich garantierten Status? Das Motiv war den außenpolitischen Experten der DDR von Anfang an völlig klar: "Die herrschenden Kreise Finnlands versuchen die militärisch-politischen Bestimmungen des finnisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages von 1948 wirkungslos zu machen." Die DDR sollte ein Präzedenzfall werden, damit die Finnen auch von anderen sozialistischen Staaten gleichartige Garantien verlangen könnten. Damit wollte Finnland sogar die UdSSR unter Druck setzen und sie zur Anerkennung der finnischen Vorstellungen über ihre Neutralität veranlassen.

Die drei schwierigen Punkte des finnischen Deutschland-Pakets – Stichworte: Neutralität,

Reparationsforderung, Gewaltverzicht – erklären die sonst etwas überraschende Tatsache, daß die Verhandlungen mit Finnland in den Jahren 1971/72 insgesamt acht Mal auf der Tagesordnung im Politbüro des ZK der SED standen. Als die DDR im Spätherbst 1972 u. a. mit Schweden und der Schweiz über die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen verhandelte, wurden die Beschlüsse auf der diplomatischen Ebene gefasst, und im Politbüro lediglich bestätigt.

Das Politbüro der SED bestätigte am 18.7.1972 die neuen Verhandlungsdirektive der DDR. Zum schwierigsten Punkt des finnischen Vorschlags, zur Anerkennung der Neutralität, nahm das Politbüro folgenden Standpunkt an: "Falls die Finnen unbedingt einen Passus zu ihrer Neutralitätspolitik wollen, könnte man nach Konsultationen mit der UdSSR folgende Formulierung in Erwägung ziehen: "Die DDR **respektiert**, in Anbetracht der gesellschaftlichen Erfahrung des finnischen Volkes mit der aggressiven Politik des untergegangenen Deutschen Reichs, **die von der Republik Finnland verfolgte Politik der positiven Neutralität**".

Die Formulierung des finnischen Entwurfs "Die DDR **anerkennt die von der Republik Finnland verfolgte Politik der Neutralität ...**, konnte die DDR nicht akzeptieren: "Da es keine rechtliche Anerkennung einer Politik gibt und mit der finnischen Formulierung der Status der Neutralität anerkannt werden soll, empfiehlt es sich in diesem Zusammenhang von **respektieren** zu sprechen. Diese Formulierung wäre unseres Erachtens nicht schädlich und nicht im Widerspruch mit anderen schon existierenden Verträgen."

Bei der Analyse dieser Formulierung sind zwei Gesichtspunkte wichtig: erstens ging sie eindeutig weiter als die Formulierungen der offiziellen Kommuniqués, die seit Mitte der 1960er Jahren zum Abschluß der Begegnungen von Präsident Kekkonen und der obersten Sowjetführung angenommen worden waren, aber zweitens versprach die DDR die finnische Neutralität nur **zu respektieren** – und sie nicht **anzuerkennen**.

Als die finnische Delegation am 28.8.1972 in Berlin eintraf, um den Vertrag zu unterzeichnen, erklärte der Leiter der DDR-Delegation, Kurt Nier, man müsse den Neutralitätsartikel so ändern, daß er der Formulierung des Kommuniqués, das beim Abschluß des Besuchs von Präsident Kekkonen in der Sowjetunion am 18.8.1972 in Zavidovo angenommen worden war, entsprechen würde.

Die DDR-Seite hatte den Text sorgfältig geprüft und schlug folgenden Wortlaut vor, den sie ihrerseits für endgültig verbindlich erklärte: "**Die Deutsche Demokratische Republik respektiert das Bestreben der Republik Finnland, eine Neutralitätspolitik durchzuführen, die die Stärkung des internationalen Friedens und der Sicherheit und die Entwicklung von freundschaftlichen Beziehungen mit allen Staaten fördert, sowie die sich daraus für Finnland in Übereinstimmung der Charta der Vereinten Nationen ergebenden Rechte und Pflichten.**" Der Unterschied zu der früheren, vorläufig vereinbarten Formulierung bestand darin, daß die DDR lediglich bereit war, nur das **Bestreben** Finnlands, eine Neutralitätspolitik durchzuführen, zu respektieren.

Was war mittlerweile passiert? Ein ausführlicher Bericht von Außenminister Andrej Gromyko an seinen Amtskollegen Otto Winzer über die Gespräche zwischen Präsident Kekkonen und der obersten Sowjetführung in Zavidovo Mitte August 1972 beweist, daß dort "neben anderen, die sowjetische und die finnische Seite interessierenden Fragen" auch die Frage der

Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen Finnland und der DDR behandelt worden war.

Die Sowjetführung war mit dem Verlauf der Gespräche zwischen Finnland und der DDR zufrieden, bis Außenminister Gromyko vom Inhalt des Vertragsentwurfs, den die DDR-Seite zum Abschluß der Verhandlungen in Helsinki am 17.8. angenommen hatte, erfuhr. Botschafter Nier hat nachher seinem finnischen Kollegen Paul Gustafsson erzählt, wie die Russen auf der Stelle "auf die Barrikade gehen" wollten, als sie gesehen hatten, worin die DDR in Helsinki eingewilligt hatte. Nier erhielt von Winzer eine neue Direktive, nach der der Neutralitätsartikel unbedingt so geändert werden mußte, daß er nicht mehr im Widerspruch zum Standpunkt der UdSSR stand.

Die Paraphierung der Verträge zwischen Finnland und der DDR löste in Bonn einen Sturm von Protesten aus: mit diesem Schritt hatte Finnland die Unparteilichkeit gegenüber den beiden deutschen Staaten endgültig aufgegeben und sein Versprechen, an der Parität festzuhalten, grob gebrochen. Bundesaußenminister Scheel erklärte erneut, die Normalisierung der Beziehungen zu Finnland käme nicht in Frage, solange die beiden deutschen Staaten nicht ihre Beziehungen vertraglich geregelt hatten.

Der DDR-Außenminister Winzer setzte sich mit seinem Kollegen Gromyko in Verbindung, damit die UdSSR von der finnischen Regierung verlangen würde, die Verträge unverzüglich zu unterzeichnen. Über solche Maßnahmen seitens der Sowjetunion gibt es jedoch keinen Beweis. Die passive Haltung des "großen Bruders" war natürlich für die DDR eine große Enttäuschung.

Warum hielt die UdSSR sich zurück? Die Anerkennung der DDR war für sie keineswegs so wichtig, daß sie deswegen Finnlands Chancen als Gastgeber der KSZE riskiert hätte. Dazu äußerte sich Kekkonen offen in einem Gespräch mit seinem langjährigen "Verbindungsmann" in der sowjetischen Botschaft in Helsinki, M. G. Kotov: "Wir wollen die KSZE nicht dadurch gefährden, daß die DDR und Westdeutschland keine gleichwertigen Vertretungen hätten, was der Bundesrepublik einen Vorwand für das Ausbleiben geben könnte."

Erst am 8. November 1972, am gleichen Tag als der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag paraphiert wurde, wurden die Verhandlungen zwischen Finnland und der Bundesrepublik begonnen. Die finnische Seite hatte es gleich eingesehen, daß die Bundesrepublik ihr bestes zu tun versuchen würde, mit der Zeit zu spielen. Schon am 10.11.1972, auf der Sitzung der finnischen Regierung, bevollmächtigte Kekkonen Außenminister Karjalainen, die gleichzeitige Anerkennung der beiden deutschen Staaten "zum günstigen Zeitpunkt" auszuführen.

Nachdem die Wahllokale am Abend des 19.11.1972 in der Bundesrepublik geschlossen worden waren, publizierte die finnische Regierung ihre Anerkennungserklärung. Außenminister Karjalainen begründete in seiner Mitteilung noch am selben Abend "den günstigen Zeitpunkt" folgenderweise: "Indem wir den Entschluß unserer Regierung am Tage der Wahlen veröffentlichen, vermeiden wir zwei mögliche Fehldeutungen unserer Außenpolitik: einerseits, daß der Beschluß der finnischen Regierung auf die Wahlen einen Einfluß ausüben könnte, andererseits daß das Ergebnis der Wahlen auf unseren Beschluß einwirke."

Die Anerkennung wurde durch eine diesbezügliche Mitteilung an die beiden deutschen Regierungen am 24.11.1972 vollzogen.

Nach langem hin und her einigten sich die Delegationen der Bundesrepublik und Finnlands über das gemeinsame Kommuniqué. Über den Wortlaut der Erklärung wurde im zweiten Durchgang in Helsinki am 3.1.–5.1.1973 ein Kompromiß erzielt. Die gemeinsame Pressemitteilung über den erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen zwischen Finnland und der Bundesrepublik Deutschland wurde am 7.1.1973 veröffentlicht.

Mit Wirkung von demselben Tag, dem 7. Januar 1973, wurden zeitgleich sowohl die beiden deutschen Handelsvertretungen in Helsinki als auch die entsprechenden finnischen Vertretungen in Bonn und Ostberlin zu Botschaften umgewandelt. Finnland wurde damit erst das 57. in der Reihenfolge der Länder, die die DDR anerkannt hatten. Am 21.12.1972 hatten die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik den deutsch-deutschen Grundlagenvertrag unterzeichnet. Darum gelang es sechs europäischen Staaten vor Finnland, das durch die Verhandlungen mit der Bundesrepublik aufgehalten wurde, die DDR anzuerkennen: der Schweiz am 20.12., Schweden und Österreich am 21.12., und sogar den zur NATO angehörenden Benelux-Ländern am 27.12. bzw. am 5.1.1973. Es hatte sich erwiesen, daß die Erwartung der DDR, daß sich die Anerkennungsbewegung vom "Sonderfall Finnland" zu anderen kapitalistischen Ländern ausbreiten würde, unbegründet gewesen war.